

AfD-Biedermänner - und Frauen zündeln mit Sprache!

„Nie wieder“ reicht nicht!

Charlotte Knobloch

Es fällt auf, dass sich das Wolfenbütteler „Bündnis gegen Rechtsradikalismus“, geführt von zwei SPD-Kreistagsabgeordneten, nicht gegen die Neonazi-Tendenzen in der AfD äußert. Als am 29. Juni 2017 drei junge NPD-Mitglieder in der Wolfenbütteler Fußgängerzone eine Propagandaveranstaltung durchführen wollten, hatte das „Bündnis“ rund 100 Gegendemonstranten zusammengetrommelt. Ich könnte hier jetzt einige hehre Zitate zitieren, die sich oft darauf zuspitzten, „deutliche Zeichen zu setzen“. So sagte SPD-Landtagsabgeordnete Marcus Bosse in einem Interview mit der lokalen Online-Zeitung: Es ist ein richtiger Schritt, aufrecht zu stehen gegen Faschismus, gegen Fremden-feindlichkeit hier in Wolfenbüttel! Meine aktuelle Gegenfrage: Wann stehen Sie auf, Herr Bosse - aufrecht gegen die schleichende Demokratiezerstörung?

Nach dieser „NPD-Propaganda“, zu der es gar nicht gekommen war, schickte ich per Email folgende Frage an viele hiesige Politiker: NPD-Gegendemonstration - und dann? Dazu schrieb ich: Einhundert Personen demonstrierten in Wolfenbüttel gegen drei junge Männer der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“. Danach waren wir alle zufrieden nach Hause gegangen oder zur Arbeit zurückgekehrt. War das alles? Bewegt uns nicht die Frage, wie wir auf die Aktivitäten der AfD reagieren sollten, die sich eine neue Masche ausgedacht hat: Drei AfD-Mitglieder bieten eine „mobile Bürgersprechstunde“ an, indem sich durch die Wolfenbütteler Innenstadt gehen oder den Markt besuchen. Die Folge: Nichts!

Keine Antwort und kein „aufrecht stehen“. Nur der peinliche Nachhall der hehren Widerstandssprüche.

Die BZ berichtete am 3. September 2018, Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) habe den Deutschen im Kampf gegen Rassismus und bei der Verteidigung der Demokratie Bequemlichkeit vorgeworfen: Meine Generation hat Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geschenkt bekommen. Wir mussten das nicht erkämpfen, nehmen es teilweise als zu selbstverständlich wahr. Es hat sich in unserer Gesellschaft leider eine Bequemlichkeit breitgemacht, die wir überwinden müssen.

Um der Logik des „Bündnisses gegen Rechtsextremismus“ zu folgen müssten deren Mitglieder doch mindestens jetzt nach der AfD-Gemeinsamkeit mit Neonazis in Chemnitz Demonstrationen gegen die AfD-Infostände in Wolfenbüttel organisieren.

Die „Alternative für Deutschland“ hat ein umfangreiches Parteiprogramm, mit dem sie angibt, politische Alternativen zu den anderen Parteien anzubieten. Dass ihre Themen und Thesen un- ausgegoren und zum Teil auch falsche Gegenvorschläge enthalten, hat im ZDF-Sommerinterview der Moderator Thomas Walde im Interview mit dem AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland am 12. August 2018 einem Millionenpublikum vorgeführt. Er hat Gauland keine Fragen zur Flüchtlings- und Migrationspolitik gestellt, nicht zur deutschen Geschichte, sondern zur Rente, zur Digitalisierung und zum Klimawandel, usw.. Gauland gab Antworten wie: Da kann ich Ihnen im Moment keine Antwort darauf geben. Und: Ich bin kein Fachmann für diese Fragen. Der sonst so gesprächige Gauland geriet in ein politisches und konzeptionelles Nichts. Er hatte gar nichts anzubieten und bewies den Zuschauern, dass

seine Partei keinerlei Alternativen besitzt. In der taz schrieb Frederik Schindler: Thomas Walde gelang es deshalb, den auf Provokation ausgerichteten Populismus der rechten Partei zu entlarven. An dieser Taktik kann Widerstand gegen die AfD ausgerichtet werden. National gesehen gibt es bereits viele Beispiele, zum Beispiel mehrere gute Reden im Bundestag von allen Nicht-AfD-Partei-en, die zeigen, wie ein verbaler Kampf gegen diese Unpartei geführt werden kann.

Aber der Widerstand auf nationaler und landespolitischer Ebene reicht nicht aus. Er muss vor allem auch in der Kommunalpolitik geführt werden. Hier, zum Beispiel im Wolfenbütteler Kreistag und im Stadtrat, nehmen sieben eher ältere als jüngere AfD-Männer neun Mandate ein. Als Biedermänner legen sie Wert darauf, nicht mit den üblen Sprüchen ihrer führenden Politikerinnen und Politiker in einen AfD-Topf geworfen zu werden. Sie lehnen Höckes Auswüchse zur Geschichte ab, haben ihn aber bereits besucht. So hat sich kürzlich der zweifache Mandatsinhaber und eher berufslose Berufskommunalpolitiker Klaus-Dieter Heid in der Wolfenbütteler Internet-Zeitung „regionalWolfenbüttel.de“ zur Aussage seines Parteikollegen Lars Steinke geäußert, der Stauffenberg als „feige“ und als „Verräter“ bezeichnet hatte. Er hat sich deutlich distanziert und bedauert, dass ein zurückliegendes Partei-Ausschlussverfahren „leider im Sande“ verlaufen war. Distanzierungen dieser Art gegenüber den vielen bekannten widerlichen Aussagen der Gaulands, der Höckes, der Poggenburgs, der Weidels und der von Storchs gibt es durch die AfD-Leute „in und um Wolfenbüttel, die den Nationalsozialismus zutiefst verabscheuen“, nicht. Aber auch mit dem Thema „20. Juli 1944“ kann Heid, der AfD-Mann im Schafspelz, versteckt zwischen den Zeilen nicht auf Hetze gegen Flüchtlinge verzichten: Zugleich bitte ich um nötige Differenzierungen, weil konservatives Denken, Liebe zur Heimat und auch der Wille, diese Heimat gegen Angriffe von außen und innen verteidigen zu wollen, nicht nur ein verbrieftes Grundrecht, sondern auch zwingend erforderliche Eigenschaften sind, unsere Heimat für nachkommende Generationen zu erhalten!¹ Dieser sanft daher kommende Streichholzbesitzer Heid missbraucht den Begriff „konservativ“ für rechtsradikale Hetzerei.

Alice Weidel, die AfD-Fraktionsvorsitzende, ging kürzlich im Bundestag am Beginn der Haushaltsdebatte als Oppositionsführerin so widerlich vor, wie sie sich das Land unter einer AfD-Regierung vorstellt und von der Heid sich nicht distanziert: Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern. Schaut man sich Sitzungsprotokolle des Braunschweiger Landtags (oder des Reichstags) ab 1931 an gibt es zwischen der Menschen verachtenden Wortwahl einer Alice Weidel und damaligen Nazi-Abgeordneten keinen Unterschied. Auch hier ist zwischen der damalige Absicht, „Weimar“ zu zerstören und unser Land in einen zerstörerischen Abgrund zu führen, kaum noch ein Unterschied zu heute. Die Beschimpfung Andersdenkender als „Verräter“ und der Spruch: Wir holen unser Land zurück! - kann man in ein paar anderen Worten aus Hitlers „Mein Kampf“ in mannigfaltiger Weise herausziehen. Hoffentlich kommt niemand auf die Idee, den Bundestag im Reichstag anzünden zu müssen.

Zu dieser Heid-Scheinheiligkeit gibt es aber auch keine Reaktionen der anderen Parteien im Kreistag und im Stadtrat. Dort ist noch nicht die dringende Notwendigkeit erkannt worden, dass gerade auch auf dieser unteren Ebene der deutschen Politik der argumentative und vor allem aktive Kampf gegen den sich zum Rechtsradikalismus gewandelten und weiterhin fortwandelnden Populismus geführt werden muss. Nur über den „Populismus“ zu schimpfen, wenn man unter sich ist, ist kein Engagement für die Erhaltung der Demokratie. Die an Nazi-Beschimpfungen erinnernden Worte des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Bundes-

tag, Peter Boehringer, dem AfD-Kollegen von Klaus-Dieter Heid und Manfred Wolfrum in Wolfenbüttel, der Bundeskanzlerin Angela Merkel als „Nutte“ bezeichnet hat, reaktionslos

hinzunehmen könnte ein Weg der Duldung sein. Hetzen, scharfmachen, aufstacheln, anheizen - und dann alles leugnen. Dieses Muster kennen wir von der AfD. Deren Anhänger brauchen Signale. Auf die zielen die Botschaften. Anschließend heftig abstreiten und verharmlosen, damit die Kritiker ins Leere laufen. Das Milieu ist eingestimmt, die Öffentlichkeit verhöhnt. Das Ziel ist erreicht. Da hilft nur konsequent gegenhalten.² Sehr geehrte Mitglieder des Kreistages und des Stadtrates: Sie sitzen neben Männern, die unterstützen, dass Deutschland als ein Menschen-Schlachthaus bezeichnet wird und dass Bundeskanzlerin Angela Merkel von einem wichtigen AfD-Mann ohne folgende Konsequenz als „Nutte“ bezeichnet werden kann!

An dem Braunschweiger AfD-Politiker Stefan Wirtz lässt sich dieses scheinheilige Distanzieren von den oberen AfD-Ebenen beispielhaft darstellen. Wirtz ist Landtagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender im Braunschweiger Stadtrat und Mitglied im Landesvorstand. Wirtz war von der AfD als Vertreter im Stiftungsrat der Niedersächsischen Gedenkstätten-Stiftung vorgeschlagen worden.³ Dagegen hatten die im Stiftungsrat vertretenen „Überlebendenverbände“ protestiert und mit einem AfD-Vertreter die weitere Mitarbeit in Frage gestellt. Der Niedersächsische Landtag hat deshalb beschlossen, die Zahl der Parlamentarier im Stiftungsrat zu begrenzen. Dagegen klagt die AfD-Fraktion vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof. In einer Weise, die als Verhöhnung der Opferverbände anzusehen ist, kritisiert Wirtz diesen Ausschluss: Er könne den Protest der Opferverbände nicht nachvollziehen, sagt er. Ich bin nicht für Meinungsäußerungen anderer in meiner Partei verantwortlich. Es gibt einige drastische Äußerungen über historische Zeitabschnitte, und ich würde die eine oder andere Äußerung so nicht machen. Aber nicht Gauland oder Höcke sollen im Stiftungsrat sitzen, sondern ich. Und: Die Kritik der Opferverbände kann ich nicht nachvollziehen - sie kennen mich doch gar nicht. (BZ, 14.8.2018) Im Rat der Stadt Braunschweig wurde Wirtz im April 2018 - auch später nicht - nicht in den Ausschuss gewählt, der die Schöffen fürs Amtsgericht wählt. Die Chemnitzer Ereignisse werden die Opferverbände sicher intensiv beobachtet haben.

Diese Partei stellt sich immer wieder aufs Neue als politisches Opfer der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Demokratie dar und versucht sehr erfolgreich dieses Opfersein auf Wähler zu übertragen. Demokratische Mehrheitsentscheidungen gegen sich selber werden nicht akzeptiert.

Heid, Wolfrum, Nieder und seine Wolfenbütteler Kollegen und Wirtz, Höcke, Gauland und Weidel sind Mitglieder einer Partei. Und so müssen sie auch bedacht werden. Sie zündeln mit Streichhölzern als Worte und handeln gleich verbaler Brandstifter mit dem Ziel, meine und unser aller Demokratie nieder zu brennen. Wer erinnert sich daran, wie stolz die Nationalsozialisten waren, als sie behaupten konnten, dass Adolf Hitler vom demokratisch gewählten Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde; wohl die letzte auf der Weimarer Demokratie basierende Entscheidung.

² Uwe Meier in „Braunschweig-Spiegel“ (18.8.2018) zum Thema „AfD - Die Nullnummer“.

³ Stellungnahme des Geschäftsführers zur geplanten Änderung der Zusammensetzung des Stiftungsrates. (Dr. Jens-Christian Wagner): Laut Stiftungsgesetz von 2004 steht jeder Landtagsfraktion ein Sitz im Stiftungsrat der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten zu, damit auch der AfD. Darauf reagieren mehrere Überlebendenverbände mit großer Besorgnis. Entsprechende Schreiben haben die Stiftung von der World Federation of Bergen-Belsen

Associations (USA), der Amicale des Anciens Déportés de Bergen-Belsen (Frankreich), vom Irgun Sh'erit Hapleta (Verband der Bergen-Belsen-Überlebenden in Israel) und vom Center of Organizations of Holocaust Survivors in Israel erreicht. Die Sorgen gehen teils so weit, dass eine weitere Mitarbeit in Gremien der Stiftung bei einem AfD-Sitz im Aufsicht führenden Stiftungsrat in Frage gestellt wird. Deutliche Ablehnung hat auch das International Advisory Board der Gedenkstätte Bergen-Belsen formuliert, in dem renommierte Wissenschaftler_innen aus acht Ländern vertreten sind